

Vorbericht

Haushaltsplanung 2021/2022

Rica Reinel-Langner/Kämmerin/18. Mai 2021

1. Grundsätzlicher Hinweis

Die mit der COVID-19-Pandemie einhergehenden finanziellen Folgen, können gegenwärtig weder konkret beziffert noch abschließend eingeschätzt werden.

In der Planung wird weitergehend von nicht unerheblichen Auswirkungen für den kommunalen Haushalt ausgegangen, die jedoch wiederum in Abhängigkeit der coronabedingten Lockdown-Maßnahmen und deren Folgewirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung stehen. Gleichmaßen werden steuerpolitische Instrumente und auch Rettungsschirme des Bundes und der Länder in den verschiedensten Bereichen Auswirkungen nach sich ziehen.

Daraus folgend ist eine fundierte Planung des kommunalen Haushaltes im mittelfristigen Zeitraum umso schwieriger.

In diesem Zusammenhang wurden u.a. folgende Fakten nach vorliegendem Kenntnisstand eingearbeitet:

- Mindererträge in der Entwicklung der Gewerbesteuer sowie des Gemeindeanteils an der Einkommen- und Umsatzsteuer von durchschnittlich 25 % im Vergleich zum Durchschnitt der letzten Jahre,
- Kompensation dieser Mindererträge in Höhe durch den „Kommunalen Rettungsschirm“ des Landes
- Die vorgenannten Ausgleichsleistungen fließen jedoch in die Berechnung der kommunalen Steuerkraft ein, die wiederum ausschlaggebend für die Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und der Umlagegrundlagen zur Abführung der Kreisumlage ist.
- Aufgrund der Pandemie kam es auch im Jahr 2020 zu einem teilweisen Verzug bei geplanten Lieferungen und Leistungen. Die dafür vorgesehenen Mittel sind gem. § 24 KomHKV in das Jahr 2021 zu übertragen und belasten somit sowohl das Ergebnis 2021 als auch den Abfluss liquider Mittel. Es ist aktuell davon auszugehen, dass sich ein ähnliches Bild auch für das Jahr 2021 abzeichnet.
- Die künftige Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ist in diesem Zusammenhang relativ unklar. Unabhängig von der ohnehin vorgesehenen Prüfung des Ausgleichsystems werden die pandemiebedingten Parameter ebenfalls hinreichenden Einfluss haben. Hier ist in den zukünftigen Jahren davon auszugehen, dass die derzeit gestärkte zu verteilende Verbundmasse aufgrund der finanziellen Hilfsmaßnahmen wieder rückläufig ist.

Aufgrund der vorgenannten Punkte muss die Planung mit einem guten Maß an vorsichtiger Prognose unter Einbeziehung der risikobehafteten Parameter als auch unter dem Aspekt der Vorsorge für künftige Jahre erfolgen.

1. Gesamtüberblick**1.1 Ergebnishaushalt**

| HHJ | 2021 | 2022 |
|--|-----------------------|-----------------------|
| Erträge aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 14.499.800,00 € | 14.305.400,00 € |
| Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 14.900.800,00 € | 14.756.600,00 € |
| Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit | - 401.000,00 € | - 451.200,00 € |
| Zinsen und sonstige Finanzerträge | 10.200,00 € | 10.200,00 € |
| Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | 109.000,00 € | 105.800,00 € |
| Finanzergebnis | - 98.800,00 € | - 95.600,00 € |
| Ordentliches Jahresergebnis | - 499.800,00 € | - 546.800,00 € |
| außerordentliche Erträge | 46.400,00 € | 5.000,00 € |
| außerordentliche Aufwendungen | 27.600,00 € | 5.000,00 € |
| außerordentliches Jahresergebnis | 18.800,00 € | - € |
| Gesamtüberschuss/Gesamtfehlbetrag | - 481.000,00 € | - 546.800,00 € |
| abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren (ord. Erg.) | | |
| 2011 (mit RL-Entnahme), beschlossen | - 1.708.196,11 € | |
| 2012, beschlossen | - 556.970,63 € | |
| 2013, beschlossen | 2.232,10 € | |
| 2014, beschlossen | - 512.142,96 € | |
| 2015, beschlossen | 95.328,42 € | |
| 2016, beschlossen | 25.492,75 € | |
| 2017, Entwurf | 4.331.830,38 € | |
| 2018, in Vorbereitung | 3.038.859,01 € | |
| 2019, in Vorbereitung | 1.809.768,23 € | |
| 2020, in Vorbereitung | 1.962.127,15 € | |
| abzgl. Überschuss außerordentl. Ergebnis 2021 | - 18.800,00 € | |
| Ergebnis neu | 7.988.528,34 € | 7.441.728,34 € |

HH-Ausgleich >> rechnerischer Rücklagenbestand

1.2 Finanzhaushalt

| HHJ | 2021 | 2022 |
|--|-----------------------|-----------------------|
| Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 13.605.200,00 € | 13.389.300,00 € |
| Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 13.550.400,00 € | 13.472.000,00 € |
| Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 54.800,00 € | - 82.700,00 € |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 1.418.200,00 € | 1.893.900,00 € |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 1.737.300,00 € | 2.067.400,00 € |
| Saldo aus Investitionstätigkeit | - 319.100,00 € | - 173.500,00 € |
| Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag | - 264.300,00 € | - 256.200,00 € |
| Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit | - € | - € |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit | 515.000,00 € | 463.700,00 € |
| Saldo aus Finanzierungstätigkeit | - 515.000,00 € | - 463.700,00 € |
| Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln | - 779.300,00 € | - 719.900,00 € |
| Zahlungsmittelbestand 31.12.2018 | 6.204.630,31 € | |

2. Ergebnishaushalt

2.1. Steuern

Grund- und Gewerbesteuer

Mit Beschluss der Steuersatzung zum 01.01.2021 gelten folgende Hebesätze für die Stadt Elsterwerda (BV VII/2020/071 vom 26.11.2020):

| | |
|----------------------|-----------------|
| Grundsteuer A | 315 v.H. |
| Grundsteuer B | 405 v.H. |
| Gewerbesteuer | 330 v.H. |

Diese Veränderung bildet die Basis der Planschätzung.

Die Steuerhebesätze werden aufgrund der gesonderten Steuersatzung nur nachrichtlich in der Haushaltssatzung erwähnt.

Es ist zu berücksichtigen, dass im Bereich der Gewerbesteuer erhebliche Mindererträge aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie möglich sind. Nach dem Vorsichtsprinzip und der Beachtung des entsprechenden Risikos wurde ein Minderertrag von 25% einkalkuliert.

Für die Grundsteuer A und B sind aus unserer Einschätzung keine pandemiebedingten Mindererträge zu erwarten.

Die Mindererträge der Gewerbesteuer (und ggf. Grundsteuer) sowie der Einkommen- und Umsatzsteuer sollen nach der gesetzlichen Regelung („Kommunaler Rettungsschirm“; Information zur kommunalen Haushaltsplanung 2021; Schreiben des Ministeriums der Finanzen und für Europa vom 21.09.2020) in Höhe von 75 % durch das Land Brandenburg ausgeglichen werden.

Dieser Ausgleich wurde ebenfalls unter der Position 61.1.10.000/411100 berücksichtigt. Beachtet werden muss in diesem Zusammenhang, dass dieser Ausgleich der Mindererträge aus dem sog. „Kommunalen Rettungsschirm“ in den Folgejahren analog der unmittelbaren Steuererträge in die Ermittlung der kommunalen Steuerkraft einfließt und damit Auswirkungen auf die künftige Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen für die Ermittlung der Kreisumlage hat! Damit werden die Ausgleichszahlungen quasi wie eigene kommunale Steuererträge behandelt.

Im Vergleich zu den Hebesätzen der Stadt Elsterwerda haben sich die **landesdurchschnittlichen Hebesätze (Land und Gemeindegrößenklasse)** wie folgt entwickelt:

| Basis | für HHJ | GrSt A (v.H.) | | GrSt B (v.H.) | | GewSt (v.H.) | |
|-------------|-------------|---------------|------------|---------------|------------|--------------|------------|
| | | Land | GGKL | Land | GGKL | Land | GGKL |
| 2009 | 2011 | 265 | 263 | 377 | 356 | 321 | 314 |
| 2010 | 2012 | 270 | 272 | 379 | 359 | 310 | 320 |
| 2011 | 2013 | 273 | 272 | 383 | 361 | 324 | 318 |
| 2012 | 2014 | 280 | 277 | 385 | 363 | 315 | 321 |
| 2013 | 2015 | 280 | 284 | 385 | 368 | 305 | 326 |
| 2014 | 2016 | 290 | 289 | 390 | 372 | 310 | 327 |
| 2015 | 2017 | 295 | 295 | 395 | 373 | 320 | 326 |
| 2016 | 2018 | 300 | 301 | 400 | 378 | 315 | 326 |
| 2017 | 2019 | 305 | 299 | 405 | 378 | 320 | 325 |
| 2018 | 2020 | 310 | 301 | 405 | 378 | 315 | 326 |
| 2019 | 2021 | 315 | 303 | 405 | 381 | 315 | 326 |

GrSt = Grundsteuer
 GewSt = Gewerbesteuer
 GGKL = Gemeindegrößenklasse (5.000 bis 10.000 Einwohner)

Die Durchschnittssätze des Landes werden für die Festsetzung der Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs herangezogen und die Durchschnittssätze für die jeweilige Gemeindegrößenklasse zur Beurteilung der kommunalen Leistungsfähigkeit.

Die Entwicklung der **Grundsteuer** stellt eine relativ stabile Größe dar.

Die Auswirkungen der **Grundsteuerreform** sind gegenwärtig jedoch vollkommen unbekannt. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 10. April 2018 eine lang erwartete und grundlegende Entscheidung zur Grundsteuer getroffen.

Danach sind das Bewertungsrecht und die darauf basierende Grundbesteuerung auf Grund einer über Jahrzehnte entstandenen Wertverzerrung mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes nicht vereinbar. Der Bundesgesetzgeber ist aufgefordert, eine gesetzliche Neuregelung zu schaffen. Hierfür ist folgende Zeitschiene vorgegeben:

bis zum 31.12.2019 gesetzliche Neuregelung für das Bewertungsrecht
 bis zum 31.12.2024 Umsetzung der Neuregelung

Die Neuregelung der Grundsteuer hat der Bundestag am 18. Oktober 2019 und der Bundesrat am 08. November 2020 zugestimmt. Diese wird ab 2025 gelten. Bis dahin sieht das Bundesverfassungsgericht eine Übergangsphase vor.

Diese Übergangsfrist zur Anwendung der Neuregelung wurde geschaffen, da ca. 35 Mio. Grundstücke bundesweit (1,8 Millionen Grundstücke in Brandenburg) neu zu bewerten sind. Mit der Schaffung dieser Übergangsfrist würdigt das BVerfG die hohe Bedeutung der Grundsteuer für die kommunalen Haushalte.

In der Stadt Elsterwerda beträgt die Einnahme aus der Grundsteuer jährlich ca. 1,0 Mio. €. Die Ermittlung der sog. Einheitswerte erfolgt durch die Finanzbehörden (Feststellungsbescheid). Damit ist ein Grundlagenbescheid für die Ermittlung des sog. Grundsteuermessbetrages gegeben. Der aus dem Einheitswert resultierende Messbetrag für die Grundsteuer wird der Kommune durch das Finanzamt mitgeteilt. Auf dessen Basis setzt die Gemeinde die Steuer fest (Messbetrag x Hebesatz).

Die Einheitswertfeststellung erfolgt immer auf einen Stichtag. Einheitswerte für Grundbesitz werden nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes in den „alten“ Bundesländern noch heute auf der Grundlage der Wertverhältnisse zum 01. Januar 1964 ermittelt. Hier wird nunmehr ein realitätsgerechteres Bewertungssystem gefordert. Die bisherige Aussetzung einer erneuten Hauptfeststellung der Einheitsbewertung über diesen langen Zeitraum führt in erheblichem Umfang zu Ungleichbehandlungen, die es nunmehr abzuschaffen gilt. Gem. § 21 Abs. 1 Bewertungsgesetz sollen die Hauptfeststellungen in regelmäßigen Abständen (aller 6 Jahre) erfolgen. Diese Bewertung wurde bisher ausgesetzt.

Was bedeutet dies für die Kommune?

Der Senat hat die Fortgeltung der nunmehr für verfassungswidrig befundenen Normen in der Übergangsfrist angeordnet. In dieser Zeit werden die gesetzlichen Regelungen in unveränderter Art und Weise wie bisher angewandt.

Fakt ist, dass es zur bundesweiten Neubewertung aller Grundstücke eines außergewöhnlichen Umsetzungsaufwandes im Hinblick auf Zeit und Personal bedarf.

Auszug Veröffentlichung vom 01.12.2020 unter www.stk.brandenburg.de:

„Im Land Brandenburg wird ab 2025 die Grundsteuer auf Basis eines wertabhängigen Modells erhoben. Bei der Reform hat sich das Land damit für das Bundesmodell, das als sozial gerechter gilt, und gegen die neue Öffnungsklausel für die Länder entschieden... Auch wenn sich für den einzelnen Grundstückseigentümer die Grundsteuer damit ändern kann, soll die novellierte Steuer in der Summe nicht zu höheren kommunalen Einnahmen führen. Ziele der Reform sind, dass das Aufkommen jeder Kommune nach der Grundsteuerreform genauso hoch ist wie zuvor und die Steuer künftig auf Basis eines grundgesetzkonformen Modells erhoben wird...Das Grundsteuer-Reformgesetz sieht nun vor, dass die Eigentümer ab Mitte 2022 die für die Grundsteuer nötigen Angaben den Finanzämtern übermitteln.“

Eine grundlegende Veränderung der Grundsteuererträge ist damit auszuschließen.

Die **Gewerbesteuer** zeigt nach dem derzeitigen Stand weiterhin eine gute Ertragssituation – bislang ohne nennenswerte Einschnitte aufgrund der Corona-Pandemie:

| | <i>Beträge in Euro</i> | | | | | |
|----------------------|------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | Plan 2021 |
| Grundsteuer A | 19.923 | 24.021 | 24.267 | 19.117 | 21.597 | 23.000 |
| Grundsteuer B | 975.873 | 1.008.976 | 999.975 | 999.625 | 1.004.497 | 1.023.000 |
| Gewerbesteuer | 1.416.363 | 2.612.553 | 3.043.671 | 2.699.649 | 2.537.845 | 1.875.000 |
| Summe | 2.412.159 | 3.645.550 | 4.067.913 | 3.718.392 | 3.563.939 | 2.921.000 |
| | | | | | | |

Auf die Einzahlungen aus Gewerbesteuer ist an das Land Brandenburg eine Umlage in Höhe von 35% des Grundbetrages (Einzahlungen ./Hebesatz) abzuführen.

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung beträgt der Gewerbesteuerertrag für das Jahr 2021 2.154.15303 €, so dass davon ausgegangen werden kann, dass der Planansatz realistisch ist.

Ein erheblicher Risikofaktor besteht jedoch – wie schon erwähnt – in den möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie, die zeitversetzt eintreten. Die wirtschaftlichen Folgen insbesondere für die Branchen, die nur eingeschränkt oder überhaupt nicht tätig sein konnten und können, sind nicht ein- und abschätzbar.

Zur diesbezüglichen Vermeidung unbilliger Härten wurden Steuererleichterungen für betroffene Unternehmen beschlossen (BMF-Schreiben vom 19. März 2020 und entsprechende Verlängerungen). Hierzu zählen insbesondere vereinfachte Stundungsanträge und Ratenzahlungsvereinbarungen ebenso wie die vorübergehende Einstellung von Vollstreckungsmaßnahmen i. V. m. dem Erlass von Säumniszuschlägen und die Anträge der Anpassung auf Steuervorauszahlungen bis zum 31.12.2021 (für das Jahr 2021!).

Weitere wesentliche Ertragsgrundlagen für den kommunalen Haushalt stellen die **Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer** dar.

Da für diese Steuern die Corona-Pandemie ebenfalls ein erheblicher Risikofaktor ist, wurden die Erträge anhand der durchschnittlichen positiven Entwicklung der letzten Jahre geschätzt und unter Berücksichtigung eines corona-bedingten Minderertrages in den Haushalt eingestellt.

| <i>Beträge in Euro</i> | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | Plan 2021 | Plan 2022 |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Gemeindenanteil Einkommensteuer | 1.966.140 | 2.119.109 | 2.259.102 | 2.176.639 | 1.560.000 | 1.560.000 |
| Gemeindenanteil Umsatzsteuer | 496.833 | 559.485 | 608.251 | 665.580 | 393.000 | 393.000 |
| Summe | 2.462.973 | 2.678.594 | 2.867.353 | 2.842.219 | 1.953.000 | 1.953.000 |

Daneben ist zu beachten, dass die Verteilerschlüssel für beide Steueranteile zum 01.01.2021 neu festgesetzt wurden.

Verteilerschlüssel Einkommensteuer

| | |
|------------|-----------|
| 01.01.2009 | 0,0025018 |
| 01.01.2012 | 0,0024598 |
| 01.01.2015 | 0,0023382 |
| 01.01.2018 | 0,0023181 |
| 01.01.2021 | 0,0023338 |

Verteilerschlüssel Umsatzsteuer

| | |
|------------|-------------|
| 01.01.2009 | 0,004023048 |
| 01.01.2012 | 0,003992416 |
| 01.01.2015 | 0,003913122 |
| 01.01.2018 | 0,003774918 |
| 01.01.2021 | 0,003846863 |

2.2. Finanzausgleich/Finanzzuweisungen

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Kernelemente des Brandenburgischen Finanzausgleichs in einem 3-jährigen Rhythmus geprüft und ggf. überarbeitet werden. Gegenwärtig findet die Überprüfung zum Ausgleichsjahr 2022 statt. Das Ergebnis dieser Überprüfung und damit die Änderung/Fortschreibung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes (BbgFAG) ist offen.

Gemäß gemeinsamer Erklärung des Ministeriums der Finanzen und für Europa, des Ministers des Innern und für Kommunales, des Landkreistages Brandenburg e.V. und des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg vom 11.05.2021 soll die Fortschreibung des FAG in besonderem Maße die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf die öffentlichen Haushalte berücksichtigen.

Nachfolgende Angaben entsprechend der Mitteilung der Orientierungsdaten vom 21.09.2020/23.02.2021 für 2021 ff. und ggf. vorliegender Bescheide -

Schlüsselzuweisung

Die Schlüsselzuweisung für das Jahr 2021 wurde mit Bescheid vom 23.02.2021 festgesetzt. Der Planansatz wurde entsprechend des Bescheides angepasst.

Die Schlüsselzuweisung wird nach Ermittlung einer sog. „Bedarfsmesszahl“ (Grundbetrag x maßgebliche Einwohnerzahl) und unter Abzug der „Steuerkraftmesszahl“ (eigene kommunale Steuerkraft) festgesetzt.

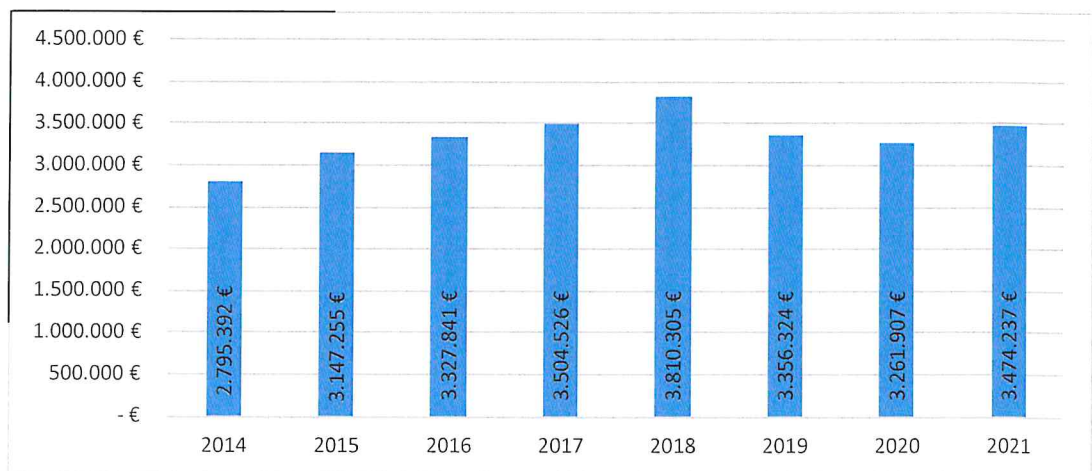
Dies bedeutet, dass die Kommune bei einer hohen Steuerkraft des Vorvorjahres weniger „Bedarf“ hat und damit eine geringere Schlüsselzuweisung erhält.

Entwicklung des Grundbetrages pro Einwohner:

| HHJ | Betrag |
|------|------------|
| 2004 | 520,47 € |
| 2005 | 709,06 € |
| 2006 | 770,78 € |
| 2007 | 783,36 € |
| 2008 | 881,85 € |
| 2009 | 931,41 € |
| 2010 | 908,03 € |
| 2011 | 875,73 € |
| 2012 | 950,94 € |
| 2013 | 995,02 € |
| 2014 | 1.005,51 € |
| 2015 | 1.045,50 € |
| 2016 | 1.071,34 € |
| 2017 | 1.134,45 € |
| 2018 | 1.137,79 € |
| 2019 | 1.241,86 € |
| 2020 | 1.312,69 € |
| 2021 | 1.360,08 € |

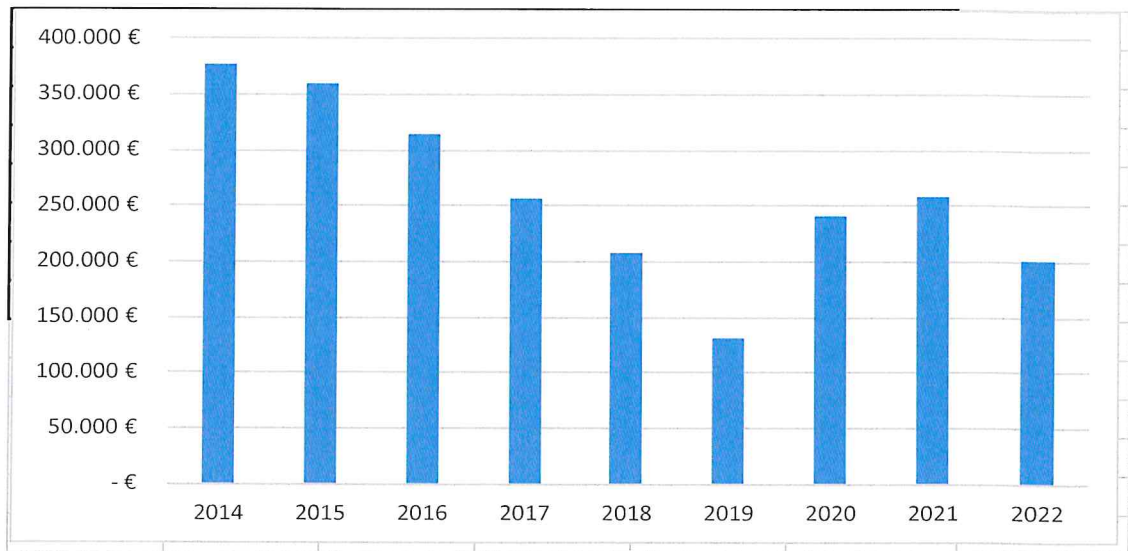
Sofern eine hohe kommunale Steuerkraft im Vorvorjahr (Basis für 2021 ist das Jahr 2019) zu verzeichnen ist, erfolgt eine geringere Festsetzung der Zuweisung.

*Entwicklung **allgemeine Schlüsselzuweisung**:*



Hinzu kommt unverändert die Zuweisung in Form des sog. „Mehrbelastungsausgleichs“ aufgrund des Funktionsstatus der Stadt Elsterwerda (Mittelzentrum in Funktionsteilung mit Bad Liebenwerda) in Höhe von 400.000 € p.a..

Nach wie vor nicht positiv im Sinne einer tatsächlichen Investitionschance entwickelt sich die dringend erforderliche **investive Schlüsselzuweisung**:



Im Jahr der Erstausschreibung (2005) erhielt die Stadt Elsterwerda eine Zuweisung in Höhe von rd. 950.000 €. Hier konnte wirklich noch von einer Investitionszuweisung gesprochen werden. Hingegen sind die Beträge ab 2017 lediglich als eine Möglichkeit zur Anteilsfinanzierung einer nachhaltigen Maßnahme zu sehen.

Kommunaler Rettungsschirm – Corona-Pandemie

Mit dem kommunalen Rettungsschirm wurde und wird seit 2020 ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit in der COVID-19-Pandemie und ihrer erheblichen Folgen geleistet.

Es ist dringend erforderlich und geboten, dass diese Unterstützung auch weiterhin geleistet wird.

a) *Ausgleich außergewöhnliche Haushaltsbelastungen / 411100 / 41110.00001*

Auf Grundlage der „Richtlinie des Landes Brandenburg für die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich kommunaler Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Jahr 2020 (RL Kommunaler Rettungsschirm Corona 2020) vom 10.07.2020 wurden der Stadt Elsterwerda im Jahr 2020 pauschal auf Grundlage der Einwohnerzahl 92.959 € zugewiesen.

Eine weitere Zuweisung im Jahr 2021 ff. ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht vorgesehen.

b) Ausgleich von Steuermindereinnahmen 2020 und 2021 / 413100 / 41310.00000

Auf Grundlage der „Richtlinie des Landes Brandenburg für die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich kommunaler Steuermindereinnahmen im Jahr 2020 (RL Ausgleich kommunale Steuermindereinnahmen 2020) vom 13.08.2020 wurden der Stadt Elsterwerda nach konkreter Abrechnung 590.134 € (Mindererträge Gewerbesteuer im Vergleichszeitraum) zugewiesen.

Gemäß Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes (Bbg FAG) vom 18.12.2020 werden Ausgleichsleistungen nach einer komplexen Berechnungsmethode in den Jahren 2021 und 2022 gezahlt.

Wichtig ist zu wissen, dass ab dem Jahr 2022 diese Ausgleichsleistungen in die Berechnung der kommunalen Steuerkraft (analog eigene originäre Steuereinnahmen) einfließen.

Das Land Brandenburg informierte vor Änderung der BbgFAG mit Schreiben vom 21.09.2020 zur Haushaltsplanung 2021, dass auch im Jahr 2021 eine anteilige Kompensation der Steuermindererträge erfolgen soll (75 % der zu erwartenden Mindererträge).

Entsprechend der in den Steuererträgen berücksichtigten Mindereinnahmen erfolgte daher eine Aufnahme der Ausgleichszahlung wie folgt:

| | geschätzter Minderertrag 2021/2022 | davon 75 % Ausgleich |
|--------------------|---|-----------------------------|
| Gewerbesteuer | 625.000,00 € | 468.750,00 € |
| Grundsteuer A | - € | - € |
| Grundsteuer B | - € | - € |
| GA Einkommensteuer | 522.000,00 € | 391.500,00 € |
| GA Umsatzsteuer | 132.000,00 € | 99.000,00 € |
| Summe | 1.279.000,00 € | 959.250,00 € |
| Planung | | 950.000,00 € |

Sollten die erwartenden Mindererträge erfreulicherweise nicht eintreten, wird sich das Ergebnis dieser Haushaltspositionen (Steuerträge und Ausgleichszahlungen) entsprechend verschieben.

Die Jahre 2022 und 2023 wurden analog betrachtet, da entsprechend der Bekräftigung des Landes zur Unterstützung der kommunalen Haushalte bei den Auswirkungen der Corona-Pandemie davon ausgegangen wird, dass auch weitere Ausgleichszahlungen geleistet werden. Hier bleibt die vorgesehene Änderung des BbgFAG zum 01.01.2022 konkret abzuwarten. Ggf. sind mit der Haushaltsaufstellung 2023/2024 Anpassungen erforderlich.

Orientierungsdaten für 2021 / Kreisumlage

Die Orientierungsdaten für 2021 wurden mit Schreiben vom 21.09.2020 übermittelt. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung lagen die Bescheide im Rahmen des FAG weitestgehend vor, so dass die Planung auf die tatsächlichen Zuweisungen abgestellt werden konnte.

Der Hebesatz der Kreisumlage wird entsprechend der Beschlussfassung des Kreistages vom 15.03.2021 in den Jahren 2021 und 2022 auf 41,85 v.H. festgesetzt.

Erfreulicherweise wird damit der in 2019 reduzierte Umlagesatz weiter beibehalten und wirkt entlastend auf die kommunalen Haushalte.

Im Jahr 2021 hat die Stadt Elsterwerda 4.174.194,33 € Kreisumlage abzuführen. Gegenüber 2020 bedeutet dies eine Steigerung von rd. 90 T€, was insbesondere der wiederholt guten Steuerkraft im Jahr 2019 und damit den gestiegenen Umlagegrundlagen geschuldet ist.

2.3. Mieten (441100)

Die Stadt Elsterwerda partizipiert von geringfügigen Mieteinnahmen insbesondere aus den Objekten Stadthaus und Sportpension (Betrieb gewerblicher Art).

Das Stadthaus wird nach Tilgung der in 1997 abgeschlossenen Sonderfinanzierungsmaßnahme im Juli 2022 wieder an die Stadt zurückübertragen. Die Mittel zur Deckung der Sonderfinanzierung sind unter 57.330.000/343500 (Tilgung) und 57.330.000/551800 (Zinsen) eingestellt. Die Kosten der Rückübertragung in Höhe von rd. 27.000 € (einschl. Nebenkosten) sind im Jahr 2022 berücksichtigt.

Daneben hat die Stadt von der Gewerbe- und Gründerzentrum Elsterwerda GmbH (GGZ) im Jahr 1995 eine Mietvorauszahlung erhalten, die bis zum Ende der Laufzeit des Mietvertrages im Jahr 2020 ertragswirksam mit jährlich rd. 22.000 € aufgelöst wurde (Restbetrag in 2020: 18.747,40 €). Der Abschluss eines neuen Mietvertrages - nach vollständiger Inanspruchnahme der Mietvorauszahlung seit 1995 (ursprünglich 1,1 Mio. DM) - ist gegenwärtig offen. Hier muss ein Vertrag abgeschlossen werden, der nunmehr auch liquiditätswirksam ist. Dieser Sachverhalt wurde ab 2021 mit ebenfalls 22.000 € berücksichtigt.

2.4. Konzessionsabgaben (451100)

Die Stadt Elsterwerda hat sowohl einen Konzessionsvertrag mit enviaM als auch mit SpreeGas.

| Produkt/Konto | Ansatz 2021 /2022 je |
|----------------------|-----------------------------|
| 53.1.10.000/451100 | 200.000 € |
| 53.2.10.000/451100 | 15.000 € |

2.5. Sonstige Erträge

Sonstige Erträge aus Gebühren, Entgelten, Kostenerstattungen, Zuweisungen etc. bleiben relativ stabil. Veränderungen ergeben sich durch das Nutzungsverhalten, der Überarbeitung (Kalkulation) von Satzungen und auch durch Änderungen im Rahmen der ertragswirksamen Auflösung von Sonderposten.

Hierbei ist insbesondere auf die geänderten Satzungen im Bereich Feuerwehr und Kita zu verweisen sowie die Aufhebung der Umlagesatzung Gewässerunterhaltung ab 01.01.2021.

2.6. Personalaufwand

Die Prognose des Personalaufwandes richtet sich nach dem dem Haushaltsplan beigefügten Stellenplan sowie den Veränderungen, die sich aus dem Tarifabschluss in 2020 ergaben.

Abweichungen in der Haushaltsdurchführung können sich insbesondere durch

- Stufenveränderungen in der Eingruppierung der Beschäftigten,
 - Änderung der Eingruppierungsvorschriften,
 - Langzeiterkrankungen,
 - Stellenanpassungen im Kita-Bereich aufgrund des Personalschlüssels,
 - Aufgabenerweiterungen
- ergeben.

Der Gesamtaufwand beträgt:

| HHJ | Personalaufwand | %-Anteil am Gesamtaufwand laufender Haushalt |
|------|-----------------|--|
| 2019 | 3.172.987,28 € | 23,39 |
| 2020 | 3.128.849,31 € | 23,00 |
| 2021 | 3.433.600,00 € | 23,04 |
| 2022 | 3.511.000,00 € | 23,79 |

2.7. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Gesamtaufwand beträgt in den einzelnen Haushaltsjahren:

| HHJ | |
|------|----------------|
| 2019 | 1.716.833,28 € |
| 2020 | 1.787.053,27 € |
| 2021 | 2.026.300,00 € |
| 2022 | 1.787.400,00 € |
| | |

Die größten finanziellen Umfänge nehmen in dieser Position ein:

| HHJ | 2021 | 2022 |
|---|-----------|-----------|
| Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - 521100 | 284.000 € | 213.100 € |
| Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens - 522100 | 368.700 € | 212.200 € |
| Bewirtschaftungskosten - 524100 | 508.800 € | 514.100 € |

Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (521100)

Aufgrund der in den zurückliegenden Jahren stark defizitären Haushalte und dem Alter von Gebäuden und baulichen Anlagen hat die Stadt einen nicht unerheblichen Unterhaltungsstau zu verzeichnen. Aus diesem Grund sind weitere Kostensteigerungen zu verzeichnen. Priorität bei der Beseitigung bzw. schrittweisen Abarbeitung wird dabei auf die Bereiche Kindertagesstätten, Schule und Friedhöfe gelegt.

Im Bereich der Unterhaltung und Instandsetzung wird auf die nachfolgenden wesentlichen Maßnahmen (neben der allgemeinen jährlichen Unterhaltung) in den Jahren 2021/2022 hingewiesen:

| Produkt | | |
|-------------|--------------------|---|
| 11.1.59.000 | Rathaus | Fertigstellung Umstrukturierung Erdgeschoss i. V. m. Trauzimmer, Umbau Kassenbereich i. V. m. Einbau Fahrstuhl (Wegfall Büro Vollstreckung), Flurrenovierung |
| 21.1.19.000 | Grundschule | Fortsetzung Sanierung Außentreppe / Hofbefestigung |
| 36.5.29.000 | Kitas freie Träger | 2021: Kita Rasselbande: großes Hortzimmer - Erneuerung Fußboden, Reinigung Auslegware, Einbau Schallschutzdecke Kita Waldwichtel: Eingangsbereich rechte Seite - Rodung der Wurzeln u. Bodenaustausch Kita Stadtmäuse: geschenktes Gartengrundstück - Rodung Baumwurzeln 2022: Kita Waldwichtel: Flurrenovierung - Erneuerung Elektro, Tapete Wand u. Decke, Fußboden Kita Bremer Stadtmusikanten: Gehwege Außenanlagen Kita Stadtmäuse: Einfassungen Außenanlagen |
| 42.4.29.000 | Sportanlagen | Instandsetzung Sanitärtrakt Sportanlage Biehla |
| 55.3.19.000 | Friedhöfe | 2021: Kraupa - Flachdachsanierung, malermäßige Instandsetzung innen 2022: Kotschka - Fugenerneuerung Fußboden, malermäßige Instandsetzung Krauschütz - Beleuchtung, Überholung Eingangstür |

Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (522100)

| Produkt | | |
|-------------|---------------|--|
| 11.1.59.000 | Gewerbegebiet | Schaffung einer Retentionsfläche (160 T€) |
| 54.1.10.000 | Straßen | <i>Reparatur an Gemeindestraßen, Geh- u. Radwegen; Fugensanierungen, Oberflächenbehandlung Bankett-regulierungsarbeiten; Brückenunterhaltung etc.</i> <i>z.B. Westliche Feldmark, Kochhorstweg, Haidaer Straße (104.000 €)</i> <i>Straßenbeleuchtung: Umrüstung auf LED und Erhaltungsmaßnahmen (40.000 €)</i> <i>Verkehrsleiteinrichtungen: Erhaltungsmaßnahmen an Fahrbahn-markierungen, Bordanlagen, Schutzplanken</i> <i>Straßenentwässerung: Erhaltungsmaßnahmen an Straßeneinläufen und deren Zuleitungen zum Regenwasserkanal</i> <i>Verkehrszeichen: Beschaffung von Verkehrs- u. Hinweiszeichen, Zubehör f. Errichtung touristisches Leitsystem (3.000 €)</i> <i>Ausstattung: Erhaltungsmaßnahmen an Buswarteallen (6.000 €)</i> <i>Straßenbegleitendes Grün: Erhaltungsmaßnahmen und Ergänzungsbeschaffungen (4.000 €) etc.</i> |
| 55.1.10.000 | Öffentl. Grün | Externe Durchführung von Baum- u. Heckenschnittarbeiten (35.000 €) |

Unterhaltung von Geräten und Ausstattungen (522200)

2021: 127.100 €

2022: 131.600 €

Neben dem Erwerb / der Ersatzbeschaffung von kleineren Ausstattungen sind hier sämtliche Wartungsverträge und Unterhaltungskosten für die notwendige Informationstechnik integriert. Aufgrund der zunehmenden Aufgabenvielfalt, der steigenden Komplexität und der immer weitergehenden Digitalisierung aller Aufgabenbereiche, sind auch an dieser Stelle stetig zunehmende Kosten zu verzeichnen. Die weitergehende Digitalisierung der Prozesse ersetzt dabei jedoch nicht Personalkosten, denn jedes Verfahren muss auch entsprechend bedient werden.

2.8. Abschreibungen – 571100 / Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Der Abschreibungsaufwand wird entsprechend des bereits aktivierten Anlage- und Umlaufvermögens zzgl. der Fertigstellungen und der neu geplanten Maßnahmen hochgerechnet. Es ergibt sich danach:

| | |
|-------------------|-------------------|
| 2021: 1.423.200 € | 2022: 1.363.800 € |
|-------------------|-------------------|

Dies entspricht weiterhin ca. 9 % des Aufwandes aus der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Dem gegenüber stehen nachfolgende Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (Förderungen, Beiträge, Spenden, sonstige Zuweisungen etc.):

| | |
|-----------------|-----------------|
| 2021: 904.800 € | 2022: 903.300 € |
|-----------------|-----------------|

Damit ergibt sich ein jährlicher Nettoaufwand von rd. 500.000 €.

2.9 Erstattung an Gemeinden und Gemeindeverbände

Neben der Kostenerstattung im Kita-Bereich an andere Kommunen spielt eine nicht unerhebliche Rolle die Abführung der Schulumlage an den Landkreis Elbe-Elster für die Kosten des integrierten Grundschulteils im Elsterschulzentrum mit ca. 100.000 €.

3. Finanzhaushalt

3.1. Allgemein

Der Finanzplan schließt vorliegend wie folgt ab:

| | 2021 | 2022 |
|---|-----------------------|-----------------------|
| Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 13.605.200,00 € | 13.389.300,00 € |
| Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 13.550.400,00 € | 13.472.000,00 € |
| <i>Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</i> | <i>54.800,00 €</i> | <i>- 82.700,00 €</i> |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 1.418.200,00 € | 1.893.900,00 € |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 1.737.300,00 € | 2.067.400,00 € |
| <i>Saldo aus Investitionstätigkeit</i> | <i>- 319.100,00 €</i> | <i>- 173.500,00 €</i> |
| Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag | - 264.300,00 € | - 256.200,00 € |
| Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit | - € | - € |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit | 515.000,00 € | 463.700,00 € |
| <i>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</i> | <i>- 515.000,00 €</i> | <i>- 463.700,00 €</i> |
| Veränderung Zahlungsmittelbestand | - 779.300,00 € | - 719.900,00 € |

Auszug Leitfaden Prüfung doppischer Haushaltspläne:

Sind im Finanzhaushalt die 3 Salden aus

- *Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit,*
- *Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit und*
- *Einzahlungen und Auszahlungen aus Liquiditätsreserven*

negativ, dann ist dies noch mit den Haushaltsgrundsätzen vereinbar, wenn der Gesamtbestand der Zahlungsmittel am Jahresende positiv bleibt.

Aufgrund der Tatsache, dass die Stadt Elsterwerda zum 31.12.2020 über einen eigenen nicht unerheblichen Zahlungsmittelbestand verfügte, kann vorliegend von der Sicherung der geplanten Maßnahmen ausgegangen werden.

| | |
|--|------------------|
| Zahlungsmittel 31.12.2020 | 6.204.630,31 € |
| Ermächtigungsübertragungen investiv aus 2020 | - 1.379.367,42 € |
| Veränderung 2021 Gesamthaushalt | -779.300,00 € |
| Veränderung 2022 Gesamthaushalt | -719.900,00 € |
| Bestand neu | 3.326.062,89 € |

Daneben sind Mittel aus der Sonderrücklage vorhanden, die zum Zeitpunkt der Berichterstellung rd. 1,2Mio. € betragen.

3.2. Wesentliche investive Maßnahmen (Beträge in Euro)

Die Möglichkeit der Durchführung der derzeit ab 2021 eingestellten Maßnahmen steht in Abhängigkeit der gegebenen eigenen finanziellen Möglichkeiten der Stadt sowie der Förderbedingungen und Höhe der Förderzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs!

Insbesondere wird auf folgende investive Schwerpunkte verwiesen (Beträge in Euro = kommunale Eigenanteile):

| | | 2021 | 2022 |
|-----------------------|---|---------|---------|
| Bürger-Ideen-Budget | Vorschläge von Bürgern | 5.000 | |
| IT-Verwaltung | Erwerb eines Dokumenten-managementsystems (DMS) | 50.000 | |
| Verwaltung | Möbel Trauzimmer, Wartebereich Standesamt/EMA, Kassenbereich (i. V. m. Einbau Fahrstuhl) | 30.000 | |
| Brandschutz | Ausstattungen, Löschwasserbrunnen | 53.500 | 32.900 |
| | Fahrzeuge (2021 TLF mit Förderung/Gesamtkosten 341.500 €, MTW ohne Förderung/Gesamtkosten 34.500 €) | 176.800 | 34.500 |
| | Anbau Garage Kraupa (Förderung) | | 50.600 |
| Schule | 2021: Digitalpakt - 90 % Förderung, Gesamtko. 135.900 €) | 26.800 | 13.100 |
| Kita - Lindenhäuschen | Ausstattung nach Anbau | 33.000 | 8.000 |
| | Anbau Bewegungsraum und komplette Neugestaltung der Außenanlagen (2022 bis 2024: gesamt 280 T€) | | 48.000 |
| Kita DRK | Sanierung der Außenanlagen, Zaun | | 25.000 |
| Spielplätze | Kleinkindspielgerät Stadtpark, Erneuerung der Kletternetze | 10.000 | 10.000 |
| Horstweg | Erschließung Wohnbaugebiet 2 (2021 bis 2024: 1.618.100 €; HH 2023/2024 Darlehensaufnahme!) | 10.000 | 83.000 |
| Glockenturm Kraupa | Sanierung Turmhaube, Glockenstuhl | 10.000 | 20.000 |
| Großenhainer Straße | Beleuchtung (in Abhängigkeit Landesbetrieb Straßenwesen), Gehweg 2023 als Fördermaßnahme (EA 170.700) | 75.000 | |
| Promenade Gehweg | Abschnitt Weststraße bis Elsterstraße 2022 bis 2024: Förderung, EA 15.600) | | 5.000 |
| Planung | <u>NEU!</u> - für Investitionsvorbereitung | 22.000 | 25.000 |
| Beleuchtung | Gartenweg, Breite Straße, Haidaer Straße, kleiner Winterberg, Winterberg, Berliner Straße - i.V.m. Erdverkabelung envia | 137.200 | 104.700 |
| Berliner Straße | Gehweg, Beleuchtung i.V.m. Wohnanlage "Hoppenz", Fördermaßnahme | 15.000 | 204.000 |
| Roland -Schmid-Str. | grundhafter Ausbau; 2022/2023 Gesamtkosten 1.030.600 €, Förderung 628.000 €) | | 201.300 |
| Bushaltestellen | Vredener Straße, Gesamtkosten 2022/2023 = 67.000 € | | 7.000 |
| Bgm.-Wilde-Straße | Gehweg | 14.000 | 70.000 |
| Reißdamm/Ausbau | Ausbau zum zweistreifigen Verbindungsweg (Fördermaßnahmen, Ausbau: GK 283 T€; Reißdamm 235 T€) | 73.000 | 62.000 |
| Friedhof | Erweiterung Stelenanlage | 20.000 | 4.000 |

Sonstige Hinweise zum investiven Bereich:

- Einen wichtigen Finanzierungsbaustein stellt neben den Förderungen u.a. auch die jährliche *Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss der Stadtwerk Elsterwerda GmbH* dar, an der die Stadt mit 49 % beteiligt ist. Die jährliche Ausschüttung beträgt rd. zwischen 50.000 € und 80.000 €.
- **Umfassende Gehwegsanierung**
Im Rahmen der Haushaltsberatungen mit den Fraktionen wurde wiederholt der schlechte und zum Teil gefährliche und auch nicht barrierefreie Zustand der kommunalen Gehwege angesprochen. Daher wurde im Vorgriff auf den kommenden Doppelhaushalt 2023/2024 bereits fraktionsübergreifend festgelegt, diesbezüglich einen Haushaltsschwerpunkt zu setzen. Die dafür erforderlichen konzeptionellen Vorbereitungen sollen im Rahmen des Doppelhaushaltes 2021/2022 erfolgen. Sofern für Planungsvorbereitungen erforderlich, sollen hierfür auch über-/außerplanmäßige Mittel bereitgestellt werden.

4. Haushaltsausgleich

Die Haushalte schließen unter Beachtung der vorgenannten Punkte wie folgt ab:

| | 2021 | 2022 |
|-------------------------------|-------------|-------------|
| Defizit ordentliches Ergebnis | - 499.800 € | - 546.800 € |

Fehlbeträge aus den Vorjahren sind entsprechend vorzutragen, Überschüsse sind in die Rücklage zu überführen. Gem. § 63 BbgKVerf i.V.m. § 26 KomHKV ist der Haushalt unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren ausgeglichen darzustellen. Gelingt dies nicht, ist gem. § 63 Absatz 4 BbgKVerf ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse (geprüft und vorläufig) aus den Vorjahren stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

| HHJ | Ergebnis | Rücklagen- entnahme | verbleibendes Ergebnis | Vortrag | |
|------|------------------|------------------------|---------------------------|------------------|-------------------------------|
| 2011 | - 4.204.890,24 € | 2.496.694,13 € | - 1.708.196,11 € | - 1.708.196,11 € | geprüft |
| 2012 | - 556.970,63 € | - € | - 556.970,63 € | - 2.265.166,74 € | geprüft |
| 2013 | 2.232,10 € | - € | 2.232,10 € | - 2.262.934,64 € | geprüft |
| 2014 | - 512.142,96 € | - € | - 512.142,96 € | - 2.775.077,60 € | geprüft |
| 2015 | 95.328,42 € | - € | 95.328,42 € | - 2.679.749,18 € | geprüft |
| 2016 | 25.222,75 € | - € | 25.492,75 € | - 2.654.256,43 € | geprüft |
| 2017 | 4.331.830,38 € | - € | 4.331.830,38 € | 1.677.573,95 € | Auflösung Rückstellung |
| 2018 | 3.038.828,03 € | - € | 3.038.859,01 € | 4.716.432,96 € | Auflösung Rückstellung |
| 2019 | 1.809.768,23 € | - € | 1.809.768,23 € | 6.526.201,19 € | Auflösung Rückstellung |
| 2020 | 1.962.127,15 € | - € | 1.962.127,15 € | 8.488.328,34 € | |
| 2021 | - 499.800,00 € | 499.800,00 € | - € | 7.988.528,34 € | |
| 2022 | - 546.800,00 € | 546.800,00 € | - € | 7.441.728,34 € | |
| 2023 | - 322.200,00 € | 322.200,00 € | - € | 7.119.528,34 € | Auswirkungen Corona- |
| 2024 | - 697.700,00 € | 697.700,00 € | - € | 6.421.828,34 € | Pandemie? |

In den Ergebnissen der Jahre 2017 bis 2019 sind erhebliche Auflösungsbeträge aus Rückstellungen integriert (rd. 3,2 Mio. Euro, Schuldenmanagementfonds) und erhebliche Mehrerträge aus Steuern zu verzeichnen. Hierdurch ist es möglich, eine Überschussrücklage zu bilden, die wieder zum Ausgleich möglicher künftiger defizitärer Ergebnisse eingesetzt werden kann.

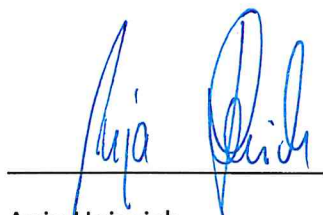
5. Sonstiges

Durch die Einführung des § 2 b Umsatzsteuergesetz werden sich in den Jahren ab 2023 weitere Veränderungen für den kommunalen Haushalt ergeben. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommune wird stärker betrachtet als bisher. Dies kann neben einem erheblichen Arbeitsaufwand jedoch auch in einigen Bereichen zu finanziellen Entlastungen führen (Vorsteuerabzug).

Unter angemessener Risikoabwägung wurde in den Haushalt 2021 und 2022 eine Umlagezahlung an den Wasser- und Abwasserverband Elsterwerda, deren Mitglied die Stadt Elsterwerda ist, eingestellt (2021: 42.000 €, 2022 ff.: 50.000 €). Dies entspricht den Werten aus dem Entwurf des Wirtschaftsplanes 2021 für den Bereich Abwasser. Entsprechend des Nachtragsbeschlusses zum Wirtschaftsplan 2021, Geschäftsbereich Abwasser, vom 23.03.2021 wurde für die Stadt Elsterwerda zur Finanzierung der Ersatzinvestitionen nunmehr eine Umlage in Höhe von 28.124,06 € festgesetzt. Eine nochmalige Reduzierung des Planansatzes erfolgte aufgrund der bekannten Problemstellungen (hoher Materialverschleiß) mit der Hauptversorgungsleitung vorsorglich nicht.

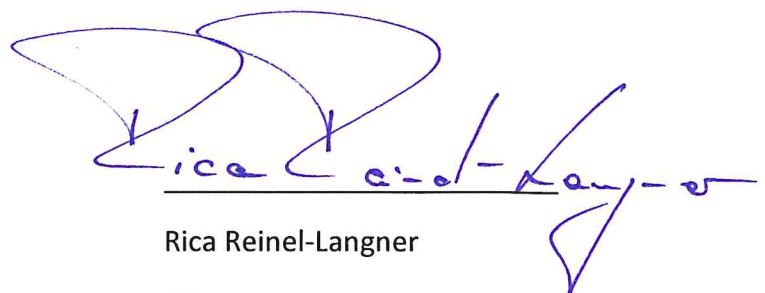
Es sind keine neuen Schuldenaufnahmen vorgesehen. Tilgungen werden planmäßig geleistet.

Elsterwerda, 18.05.2021



Anja Heinrich

Bürgermeisterin



Rica Reinell-Langner

Kämmerin